



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

StuRa

Studierendenrat der FSU Jena · Carl-Zeiss-Straße 3 · 07743 Jena

Studierendenrat

Protokoll der Studierendenratssitzung am 22.03.2016

Vorstand

Silvia Kunz
Moritz Pallasch
Sebastian Uschmann

Carl-Zeiss-Straße 3
07743 Jena

Telefon: 0 36 41 · 93 09 93
Telefax: 0 36 41 · 93 09 92
vorstand@stura.uni-jena.de

anwesende MdStuRa:	Eric Abraham, Maximilian Arend, Jan Grundmann, Silvia Kunz, Marcus D. D. Müller, Moritz Pallasch, Florian Rappen, Carsten Rössel, Philipp Saxer, Philip Schröder, Michael Siegmann, Sebastian Uschmann, Jonas Weiße, Sebastian Wenig, Florian Zschoche
entschuldigter MdStuRa:	Lea Marie Heidebreder, Beatrix Maria Heinze, Lina-Sophie Horn, Julia Nebl, Timotheus Schäller
ruhende Mandate:	Lukas Engelmann, Cornelius Golembiewski, Florian Lenz, Frederik Palmer, Julie Toussaint, Mario Volgmann
unentschuldigter MdStuRa:	Luisa Becker, Kübra Fatma Çiğ, Hatto Frydryszek, Mandy Gratz, Sören Groß, Philipp Langfeldt, Daniel Schwarz, Tom Speckmann
beratende Mitglieder:	Lennart Dabelow (Int.Ro), Bianca Fiedler (stellv. Kassenverantwortliche), Peter Held (HHV), Janine Hofmann (Ref. für studierende Eltern), Christopher Johnne (Ref. für Inneres), Konrad Linke (KoKoS), André Prater (Wahlvorstand)
Gäste:	-
Sitzungsleitung:	Silvia Kunz, Peter Held
Protokollant:	Moritz Pallasch
Sitzungsort:	Seminarraum 114, Carl-Zeiss-Straße 3

Die Sitzungsleitung eröffnet die Sitzung um 18.21 Uhr.

TOP 1 Berichte

- a) Erstes Treffen der Träger*innen des Hauses auf der Mauer (Konrad Linke)
 - o gemäß der 2013 geschlossenen Übereinkunft zur Verwaltung, Finanzierung und Nutzung des Hauses auf der Mauer (HadM) haben sich heute, am Dienstag, den 22.03.2016 Vertreter*innen der Friedrich-Schiller-Universität Jena (Vertreten durch das IB), dem Studentenwerk, der Stadt Jena und dem StuRa der FSU Jena zur Evaluation des Vertrages des Hauses auf der Mauer getroffen
 - o die Vertreter*innen der EAH, sowie des Studierendenrates der EAH konnten leider nicht teil nehmen
 - o Wunsch aller Vertragsparteien, das Veranstaltungsangebot im HadM zu erhöhen
 - o eine Idee aus dem internationalen Büro wäre, die Trägerschaft für das Haus vom Studentenwerk zu

- übernehmen und langfristig mit einem höheren finanziellen Aufwand das HadM neu zu strukturieren
 - um uns ein genaueres Bild vom Konzept der Universität machen zu können, trifft sich der StuRa der FSU (Vorstand, KoKoS und HHV) in ca. drei Wochen noch einmal mit dem IB in einer kleineren Runde
- b) Stand der Urabstimmung im neuen Semester (Sebastian Wenig)
- die Kommission der Urabstimmung „Semesterticket“ hat auf ihrem letzten Treffen die Termine für die Urabstimmung im Sommersemester festgelegt:
 - Wahlbekanntmachung am 4. April 2016
 - Mail an alle Studierende bis zum 16. April 2016
 - die Abstimmung findet vom 25. bis zum 28. April 2016
 - Auszählung am 28. April 2016
 - die Kommission befindet sich jetzt in der genaueren Planungs- und Vorbereitungsphase
- c) AG Inselplatz (Moritz Pallasch)
- das nächste Treffen der AG Inselplatzbebauung findet am Mittwoch, den 23.04.2016 um 16.00 Uhr im StuRa statt
 - die Zeit drängt, da der Architektenwettbewerb im Frühsommer anlaufen soll
 - deshalb formuliert die AG bis spätestens zum 4. April 2016 ein Positionspapier, welches dann in den StuRa zur Diskussion und Abstimmung gegeben werden soll, bevor es dann dem Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft geschickt wird
- d) Leitlinien zur Bürger*innenbeteiligung in Jena (Janine Hofmann)
- am 12. April 2016 findet im Volksbad in der Zeit von 18:00 bis 21:00 Uhr eine so genannte „Bürger*innenwerkstatt“ statt, in der der zweite Entwurf der Leitlinien vorgestellt und diskutiert werden soll
 - alle Interessierte sind herzlich dazu eingeladen
 - an dieser Stelle ein Appell von Janine:
 - Bis jetzt haben sich nicht all zu viele Studierende an der Erarbeitung der Leitlinien beteiligt. Es wäre schön, wenn sich dies ändern würde. Deshalb sind alle im Plenum dazu angehalten, die Einladung auch an Bekannte und anderer Kommiliton*innen weiterzuleiten.
 - am 7. April wird außerdem die aktuellste Version der Leitlinien auf der Webpage der Stadt veröffentlicht
- e) Mitgliederversammlung des Geburtshauses e.V. (Janine Hofmann)
- Janine stellt den Rechenschaftsbericht 2015 des Geburtshauses e.V. vor:
 - zur Zeit 3 Hebammenteams
 - erklärtes Ziel: breites Angebot für (werdende) Eltern
 - Mitgliederzahlen: 34 Einzelmitglieder, 7 Familienmitgliedschaften und 81 Fördermitglieder (darunter auch der Studierendenrat der Friedrich-Schiller-Universität Jena)
 - 2015 etwa 23 studentische Geburten (von insgesamt 167 Geburten)
 - der gesamte Rechenschaftsbericht kann immer im StuRa-Büro und zu den StuRa-Sitzungen eingesehen werden
- f) Bericht vom Gespräch zwischen dem ASPA und dem Vorstand des StuRa der FSU (Silvia Kunz)
- die Mitglieder, sowie die beratenden Mitglieder des StuRa haben das Gesprächsprotokoll bereits kurz vor dieser StuRa-Sitzung per Mail erhalten
 - Wartezeiten:
 - sind laut ASPA maximal 5-10 Minuten
 - zu Stoßzeiten (z.B. Bachelorarbeitsabgabe) wird es in Zukunft immer Sonderöffnungszeiten geben → diese werden auf der Website angekündigt
 - Zweitversuch bei Prüfungen:
 - es sollte darauf geachtet werden, dass der nicht nach dem 30.09. erfolgt, wenn die Prüfungsleistung noch im Sommersemester anerkannt werden soll
 - die neue Regelung der FSV zu BAföG könnten sich auch andere Fakultäten überlegen → es muss nur klar sein, dass sich die Regelstudienzeit dadurch nicht verlängert
 - Empfehlung, die Studierenden schon in den ersten Wochen nach den Prüfungsterminen zu fragen
 - Anwesenheitspflicht und Zulassung:
 - über eine Zulassung zur Prüfung entscheidet aus Sicht des ASPA der Prüfer und es liegt nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich
 - Genereller Drittversuch:
 - wäre aus Sicht des ASPA von Vorteil, da es viel Arbeit sparen würde
 - die Fakultäten haben eine generelle Regelung abgelehnt, der 3. Versuch wird allerdings in der Regel genehmigt
 - dezentrale Prüfungsausschüsse:
 - sie sehen einen hohen administrativen Aufwand
 - der Allgemeine Prüfungsausschuss (APA) entscheidet aus ihrer Sicht momentan hauptsächlich Dinge, für die keine konkrete Kenntnis über das Fach nötig ist
 - bei Studierenden mit Haupt- und Nebenfach ist eine zentrale Stelle evtl. einfacher sie haben allerdings keine Kenntnis darüber ob Lehramtler Probleme mit mehreren Prüfungsamtern haben
 - sie könnten sich vorstellen, dass pro Institut ein Studierender im APA vertreten sein könnte →

- interessant für die Novelle des Hochschulgesetzes
 - sie schlagen vor, das APA erst einmal zu dritteln auf die Fakultäten → setzt eine Änderung der Prüfungsordnungen voraus
 - amtsärztliche Atteste:
 - wenn die verlangt werden, dann ist das eine Entscheidung des APA werden nur für Abschlussarbeiten verlangt in der Regel reicht eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vom Arzt
 - wer arbeitsunfähig ist, kann dann aber auch keine Prüfung mitschreiben
 - Mutterschutz im Prüfungsverfahren:
 - es gibt keine detaillierten Regelungen in den Ordnungen in der Praxis gibt das allerdings keine Probleme
 - Friedolin:
 - die Prüfer tragen die Noten direkt ein
 - technische Probleme gibt es aus ihrer Sicht nicht
 - sollte es doch welche geben, kann man sich an den Helpdesk oder ans ASPA wenden
 - Qualitätssicherung und Support werden in Zukunft von der selben Person gemacht
 - Es ist wichtig, dass Dozenten und Studierende die Friedolin-Schulungen wahrnehmen, dass Friedolin muss von den Fächerverantwortlichen gepflegt werden (man sollte den Dozenten mitteilen, wenn die Angaben falsch oder unvollständig sind)
 - 13 Wochen Abmeldefrist ist begrüßenswert (Pilotphase in der FSV) und sollte auch von anderen Fakultäten überlegt werden
 - es ist gerade ein Friedolin-Frühwarnsystem in Erprobung (bei den Informatikern), das es bei positiver Evaluation vermutlich ab WiSe 2016/17 überall geben wird
 - Teilzeitstudium/Beurlaubung:
 - Teilzeitstudium ist leider nicht im BAföG geregelt, sollten sich aber alle Studivertreter*innen direkt überlegen, damit sie später keine Probleme bekommen
- g) Bericht vom Gespräch zwischen Frau Winkler und dem StuRa-Vorstand über die Systemakkreditierung (Silvia Kunz)
 - der Vorstand hat sich am 11. März 2016 noch einmal mit Frau Winkler wegen unserer Stellungnahme zur Systemakkreditierung getroffen und berichtet davon
- h) Fachzuordnung eines Studiengangs (Christopher Johne)
 - der Studiengang „Angewandte Ethik / Konfliktmanagement“ muss noch einer Fachschaft zugeordnet werden
 - da die Verantwortung zu diesem Studienfach bei der Soziologie liegt, wird dieser vom Wahlvorstand wohl dort angesiedelt werden
 - das Gremium signalisiert dem Wahlvorstand, dass es damit einverstanden ist, wenn der Wahlvorstand die Einteilung selbst vornimmt
- i) Verfassungsgerichtsentscheid zur Systemakkreditierung (Christopher Johne)
 - nach einer neuen Entscheidung des Verfassungsgerichts dürfen die Kriterien für die Systemakkreditierung nicht von externen (universitätsfernen) Stellen festgelegt werden
 - Link zum Verfassungsgerichtsentscheid:
<http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/bvg16-015.html>
- j) Haushalt 2016 mit Auflagen genehmigt (Peter Held)
 - Hausarbeit 2016 vom Präsidenten mit zwei Auflagen genehmigt
 - Auflage 1:
 - der StuRa soll für Studierende mit Kind unter den StuRa-Mitgliedern das Kinderbetreuungsangebot der Universität nutzen
 - da für den StuRa nicht erkennbar ist, dass die Universität ein solches Angebot bietet ist diese Auflage nichtig
 - Auflage 2:
 - Zeitungen, Bücher und Zeitschriften sollen nur angeschafft werden dürfen, wenn sie nicht in der ThULB (als Leihgabe) vorhanden sind
 - in den Augen des HHV und des Vorstandes überschreitet die Innenrevision damit ihre Kompetenzen der Rechtsaufsicht, weshalb der HHV und der Vorstand Widerspruch gegen diese Auflage einlegen werden
- k) Hochschuldialog 2016 (Moritz Pallasch)
 - Erinnerung an die erste Regionalkonferenz am 6. April 2016 in Nordhausen
 - nach Rücksprache mit der Universität ist davon auszugehen, dass die jenaer Regionalkonferenz am 25. April 2016 nicht in der Aula des UHG der Friedrich-Schiller-Universität statt finden wird, sondern stattdessen in der EAH statt findet

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Es sind 15 von 28 gewählten StuRa-Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

vorläufige Tagesordnung:

- TOP 1 Berichte
- TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
- TOP 3 Wahl: Kulturreferat (Vorstand)
- TOP 4 Diskussion und Beschluss: Mitzeichnen der Grundsatzerklärung der Elterninitiativen und derer Forderungen (Referat Studierende Eltern)
- TOP 5 Benennung: Mitglieder Wahlvorstand (Vorstand)
- TOP 6 Diskussion und Beschluss: Finanzantrag FA-001-2016 (Tina Rudolph für die Debattiergesellschaft Jena e.V.)
- TOP 7 Diskussion und Beschluss: Einrichtung eines Arbeitgeberverbandes Thüringer Studierendenschaften (Johannes Struzek)
- TOP 8 Satzungsänderung: Ruhende Mandate beschleunigen – 2. Lesung (Moritz Pallasch)
- TOP 9 Diskussion und Beschluss: Haushalt 2015 – 2. Lesung (HHV)
- TOP 10 Sonstiges

GO-Antrag von Silvia Kunz auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 3, da die zu wählende Person nicht anwesend ist.
→ keine Gegenrede
→ angenommen

GO-Antrag von Silvia Kunz auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 7, da der Antragsteller nicht anwesend ist.
→ keine Gegenrede
→ angenommen

GO-Antrag von Silvia Kunz auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 8, da eine satzungsändernde Mehrheit auf der heutigen Sitzung nicht erreicht wird.
→ keine Gegenrede
→ angenommen

GO-Antrag von Silvia Kunz auf Vertagung des Tagesordnungspunktes 9, da heute keine 2/3-Mehrheit zum Beschluss über den Haushalt vorhanden ist.
→ keine Gegenrede
→ angenommen

endgültige Tagesordnung:

- TOP 1 Berichte
- TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
- TOP 3 Diskussion und Beschluss: Mitzeichnen der Grundsatzerklärung der Elterninitiativen und derer Forderungen (Referat Studierende Eltern)
- TOP 4 Benennung: Mitglieder Wahlvorstand (Vorstand)
- TOP 5 Diskussion und Beschluss: Finanzantrag FA-001-2016 (Tina Rudolph für die Debattiergesellschaft Jena e.V.)
- TOP 6 Sonstiges

Abstimmung über die Tagesordnung: 14 / 0 / 0. Damit ist die Tagesordnung beschlossen.

TOP 3 Diskussion und Beschluss: Mitzeichnen der Grundsatzerklärung der Elterninitiativen und derer Forderungen (Referat Studierende Eltern)

Antragstext:

Das Referat für Studierende Eltern bittet um Zeichnung der folgenden Grundsatzerklärung durch den StuRa.

Die Grundsatzerklärung:

Grundsatzpapier der Elterninitiativen für Geburtskultur
Auf der Basis der Kasseler Erklärung zur Reform der Geburtskultur
10. Oktober 2015, Ergänzungen 12. März 2016

Unsere Gesellschaft ist existenziell darauf angewiesen, dass Kinder gezeugt, geboren und im Aufwachsen begleitet werden. Eltern übernehmen für die nächste Generation eine gesellschaftlich herausragende Aufgabe, die Anerkennung und Schutz braucht und verdient – es geht hierbei um die rechte von Eltern und die Rechte von Kindern. Gerade auch den werdenden Müttern muss Aufmerksamkeit und Fürsorge gelten, denn lange vor der Geburt ist das Kind abhängig von den Bedingungen, unter denen die Mutter lebt.

Aktuelle Situation

Wir stellen mit großer Sorge fest, dass die Rahmenbedingungen in der Geburtshilfe und Geburtsmedizin zu erheblichen Fehlentwicklungen der Geburtskultur insgesamt geführt haben. Diese Entwicklungen gefährden die seelische und körperliche Gesundheit hunderttausender Mütter, Kinder und Familien.

Mit den Sorgen werdender Eltern um ihr Ungeborenes werden Milliardenbeträge erwirtschaftet. Die Grenzen zwischen sinnvoller Vorsorge und Gesundheitsmarkt sind für Eltern meist nicht durchschaubar. 99% der Schwangeren nehmen Testangebote außerhalb der Mutterschaftsrichtlinien in Anspruch (Kolip, Schäfers 2015). Durch die Technisierung und Schwangerenbegleitung entsteht eine zunehmende Entfremdung von den natürlichen Prozessen in Schwangerschaft und Geburt. Diese bereitet den Boden für Angst und Unsicherheit und damit für weitere Kontrolluntersuchungen. Werdende und junge Eltern benennen in der Rückschau von Schwangerschaft und Geburt schrittweise diese Verunsicherung und Ängstigung.

Obwohl 70-80% der Schwangeren bei Geburtsbeginn laut WHO als gesund einzustufen sind, erleben in Deutschland nur noch 6,7% der Gebärenden eine Geburt ohne medizinische Eingriffe (Schwarz 2008). Kaiserschnitte bei 31,8% der Geburten (Destatis 2015) und 6,6% bzw. 45.345 frühgeborene Kinder (Destatis 2013), eine der höchsten Zahlen im europäischen Vergleich, sind aus Sicht der Elterninitiativen nicht länger zu akzeptieren.

Durch Tests, Klinikroutine, Medikamente und Technikeinsatz erleben Eltern auch unter der Geburt häufig Entmündigung und Angst um ihr Kind. Immer mehr Frauen trauen sich, Alleingelassensein, Einschüchterung, Entscheidungsdruck und sogar physische und psychische Gewalt im Kreissaal zu benennen. Für nicht wenige Frauen werden diese interventionsreichen Geburten oder der Kaiserschnitt zum traumatischen Erlebnis mit weitreichenden Folgeproblemen für sich selbst, das Kind, den Partner und die gesamte Familie (vgl. Oblasser 2008; Mundlos 2015).

Eine weitere Fehlentwicklung ist die Bedrohung des Berufsstandes der Hebammen. Durch ungelöste Arbeits- und Versicherungsbedingungen ist die wirtschaftliche Existenz vieler Hebammen nachhaltig gefährdet. Hebammen werden zur Aufgabe ihrer Tätigkeit gezwungen, was bereits jetzt zu einer spürbaren Unterversorgung mit Hebammenleistungen in vielen Regionen und Städten führt (Albrecht et al. 2012). Das Menschenrecht der Mutter, den Geburtsort ihres Kindes frei zu wählen, ist in vielen Regionen Deutschlands aktuell nicht mehr gegeben.

Forderungen der Elterninitiativen:

Eltern wollen die anhaltende Verschlechterung der psychosozialen und gesundheitlichen Rahmenbedingungen bei der Erwartung und Geburt eines Kindes nicht länger hinnehmen. Vor diesem Hintergrund fordern sie eine grundlegende Reform der geburtshilflichen Rahmenbedingungen. Eltern fordern ein Mandat, um bei der Gestaltung der sie betreffenden, geburtskulturellen Rahmenbedingungen in Schwangerschaft, Geburtshilfe/-medizin, Wochenbett und Stillzeit mitwirken zu können. Sie sind willend mitzuwirken, um strukturelle Fehlentwicklungen zu korrigieren. Sie stützen sich dabei auf die 1985 von der WHO verabschiedeten Empfehlungen.

1. Eltern fordern Transparenz zur Unterscheidung zwischen einern Vorsorge, die an den individuellen Bedürfnissen orientiert ist und den Interessen eines wirtschaftsorientierten Gesundheitsmarktes. Außerdem fordern sie ein Informationsangebot über die gleichberechtigte Vorsorgemöglichkeit durch Hebammen.
2. Sie fordern, dass auch im klinischen Umfeld der Individualität und Selbstbestimmung der gebärenden Rechnung getragen wird. Eltern treten für die Förderung der physiologischen Geburt und konkrete Maßnahmen zur Senkung der Kaiserschnitttrate ein. Die Abschaffung invasiver Routinemaßnahmen und die konsequente Eins-zu-Eins-Betreuung jeder Gebärenden durch eine Hebamme sind zentrale Forderungen zur Verbesserung der klinischen Geburtshilfe.
3. Eltern fordern die stärkende Begleitung durch freiberuflich und geburtshilflich tätige Hebammen in allen Phasen des Elternwerdens.
4. Sie fordern, dass neben der Hausgeburtshilfe die von Hebammen aufgebauten und am Bedarf von Eltern orientierten Strukturen zur Geburtshilfe, wie Geburtshäuser, Hebammenkreißsäle, Hebammenpraxen ausgebaut, finanziell abgesichert und angemessen vergütet werden.
5. Eltern fordern die gesellschaftliche Anerkennung einer notwendigen Unterstützung von Frauen/ Paaren in der Familiengründungsphase. Eine psychosoziale Unterstützung durch familiennahe Dienstleistungen vor, während und nach der Geburt ist unerlässlich. Die Notwendigkeit besteht, weil insbesondere in Städten nur noch selten eine familiäre Flankierung möglich ist und bei der Begleitung und Versorgung junger Mütter eine Lücke klafft.
6. Eltern sehen eine staatliche Mitverantwortung zur Regelung wohnortnaher Versorgung.

Janine Hofmann stellt den Antrag vor und beantwortet Fragen aus dem Plenum.
Im Anschluss folgt eine Diskussion über das Grundsatzpapier.

GO-Antrag von Florian Rappen auf sofortige Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt
→ keine Gegenrede
→ angenommen

Abstimmungstext:

Der Studierendenrat der Friedrich-Schiller-Universität Jena schließt sich der Grundsatzerklärung des Geburtshauses e.V. Jena in seiner oben genannten Form an.

Abstimmung: 7 / 5 / 2. Damit ist der Antrag angenommen.

TOP 4 Benennung: Mitglieder Wahlvorstand (Vorstand)

Moritz Pallasch stellt den TOP kurz vor und erläutert, dass dem Wahlvorstand des StuRa idealerweise fünf Personen angehören. Da der Wahlvorstand zur Zeit nur aus vier Personen gebildet wird, wird an dieser Stelle vom Vorstand noch einmal die Frage gestellt, ob sich noch jemand dazu bereit erklärt, im Wahlvorstand des StuRa der Friedrich-Schiller-Universität Jena mitzuarbeiten.

Es gibt keine Kandidat*innen.

GO-Antrag von Peter Held auf Vertagung

→ keine Gegenrede

→ angenommen. Damit ist dieser TOP vertagt.

TOP 5 Diskussion und Beschluss: Finanzantrag FA-001-2016 (Tina Rudolph für die Debattiergesellschaft Jena e. V.)

Antragstext:

Der Debattierclub Jena e.V. beantragt die Förderung der „Norddeutschen Meisterschaft im Hochschuldebattieren“ durch 500,00 €.

Da Tina Rudolph ist leider nicht anwesend ist, stellt der Haushaltsverantwortliche der Studierendenschaft, Peter Held, den Finanzantrag kurz vor.

Änderungsantrag:

Peter Held beantragt, die Fördersumme auf 400,00 € zu senken

Abstimmung: 13 / 0 / 0. Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Abstimmungstext:

Der StuRa fördert die „Norddeutschen Meisterschaft im Hochschuldebattieren“ durch 400,00 €.

Abstimmung: 12 / 0 / 1. Damit ist der Antrag angenommen.

TOP 6 Sonstiges

- Die nächste Sitzung des Studierendenrates findet voraussichtlich am 5. April 2016 statt.

Die Sitzungsleitung schließt den Tagesordnungspunkt und damit die Sitzung um 20.05 Uhr.

Protokoll

Sitzungsleitung